

15.04

**Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser** (FPÖ, Salzburg): Herr Präsident! Herr Minister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Seit fast zwei Jahren beschäftigt uns jetzt die Pandemie. Seit fast zwei Jahren wurschtelt die schwarz-grüne Bundesregierung herum und hat es wirklich mit unzähligen sinnlosen Maßnahmen geschafft, dass viele, viele Menschen in Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit getrieben wurden. Mehr als 1,8 Millionen Menschen haben seit März 2020 ihre Arbeit verloren oder sind eben in Kurzarbeit gelandet.

Das bedeutet natürlich massive Einkommenseinbußen und das bedeutet natürlich Sorgen für diese Menschen. Auf der anderen Seite haben wir eine Teuerungswelle, wie sie das Land noch nie erlebt hat, Teuerungen bei Treibstoff, bei Mieten, bei Lebensmitteln, bei Heizkosten, enorme Knappheit bei Baustoffen wie Holz, Metall, Eisen. Und jetzt erklären Sie von Schwarz-Grün mir bitte einmal: Wie sollen sich die Menschen das Leben in diesem Land noch leisten können? Auf der einen Seite haben sie weniger Geld im Börsi und auf der anderen Seite enorme Teuerungen mit einer Inflationsrate von 4,3 Prozent. Wie soll sich das für die Menschen in diesem Land noch ausgehen? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Viele Familien sind in eine Schuldenspirale hineingeraten, mit teils wirklich existenziellen Auswirkungen. Prekär ist die Situation jetzt auch noch, da sämtliche Kreditstundungen auslaufen; diese Kosten fallen auch noch an. Damit sind gerade Kinder und Jugendliche unter Druck geraten. Sie müssen das alles hinnehmen, wie es gerade so kommt, sie haben wirklich einen beachtlichen Beitrag geleistet und haben auf vieles verzichten müssen: keine Freunde treffen, keine Sozialkontakte, keine Freizeitaktivitäten, kein geregelter Tagesablauf. Und im Homeschooling war ein Drittel der Kinder gar nicht erreichbar, weil sich die Eltern keinen Computer leisten konnten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In Österreich leben derzeit circa 300 000 armutsgefährdete Kinder. Muss es das wirklich sein? – Ich glaube nicht, dass wir in Österreich eine derart hohe Zahl an armutsgefährdeten Kindern haben müssen. Über 20 Prozent sind suizidgefährdet und das ist echt zum Heulen. Es ist absolut zum Heulen. Wir Freiheitlichen haben vor eineinhalb Jahren schon darauf hingewiesen und eindringlich und nachdrücklich gesagt, wir müssen aufpassen, was da mit Kindern und Jugendlichen passiert, und dass wir von einer Coronapandemie in eine psychische Pandemie schlittern werden. Diese Bundesregierung hat aber alle Warnungen schlicht und ergreifend weggewischt.

Vielen Familien geht die Kraft aus, gerade jetzt vor Weihnachten ist das ganz, ganz bitter, ganz tragisch. Viele stehen vor einer Delogierung, verlieren eventuell das Dach über dem Kopf, die Kinder werden wieder die Leidtragenden sein. Und jetzt spendiert – ganz großzügig – die Bundesregierung 10 Millionen Euro für die Bekämpfung von Kinderarmut betreffend Versorgungssicherheit und Vermeidung von Obdachlosigkeit, 10 Millionen Euro für pandemiebedingte Armutfolgen bei Kindern. Wir Freiheitliche werden das selbstverständlich unterstützen – alles, was hilft, damit Kindern und Jugendlichen, Familien unter die Arme gegriffen wird, damit wir aus dieser Armutsspirale rauskommen. Selbstverständlich sind wir da dabei.

Aber die Kritik – und ich kann es nicht oft genug wiederholen –, Herr Minister, werden Sie sich anhören müssen. Es ist nicht einsichtig, dass sich diese Bundesregierung auf der einen Seite 210 Millionen Euro für PR und Werbung gönnt und auf der anderen Seite Maßnahmen setzt, durch die es überhaupt so weit kommt, dass die Menschen weniger Geld haben, Betriebe gesperrt werden – Lockdown, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit. Auf der einen Seite schaut ihr, dass die Menschen weniger Geld verdienen können und weniger Geld im Börsi haben, und auf der anderen Seite wird das Geld ungleich verteilt. Wir haben zwar von der Kollegin Eder gehört, dass schon 60 Millionen in die Hand genommen worden sind, plus den 10 Millionen jetzt sind das 70 Millionen, und dennoch bleibt dann noch ein großer Rest, verglichen mit dem, was ihr für PR und Werbung ausgegeben habt. – Das ist nicht notwendig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist ja auch bei den Senioren nicht besser gewesen. Die Durchschnittspensionen werden 2022 mit 1,8 Prozent erhöht, was bei einer Inflationsrate von 4,3 Prozent ja gar keine Erhöhung ist, sondern ein inflationärer Pensionsverlust. Auch die Senioren wurden da nicht gerade großzügig behandelt. Wir glauben aber, dass den Menschen jetzt sofort geholfen werden sollte, und zwar in Form von einem 1 000-Euro-Österreich-Gutschein. Daher bringe ich jetzt folgenden Antrag ein:

### **Entschließungsantrag**

der Bundesräte Marlies Steiner-Wieser, Kolleginnen und Kollegen betreffend „1.000 Euro Österreich-Gutschein“

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, jedem österreichischem Staatsbürger Gutscheine im Wert von insgesamt 1.000.- Euro auszustellen, die bis 31. März 2022 nur bei heimischen und in Österreich steuerpflichtigen Betrieben eingelöst werden können.“

\*\*\*\*\*

Mit diesem Gutschein kann man gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, auf der einen Seite den Betrieben, den Handelsunternehmen helfen, die ihre Pforten im Lock-down schließen mussten, und auf der anderen Seite den Menschen, die wirklich spürbar weniger Geld im Geldbörsel haben.

Auch ich darf mir heute etwas wünschen, und ich wünsche mir, dass Sie diesem Antrag zustimmen werden. Geben Sie Ihren Herzen einen Ruck! Dieses Geld ist gut aufgehoben, weil es letztendlich dennoch wieder in der Wirtschaft landen wird, wo es hingehört. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

15.10

**Vizepräsident Günther Novak:** Der von den Bundesräten Marlies Steiner-Wieser, Kolleginnen und Kollegen eingebrachte Entschließungsantrag betreffend „1.000 Euro Österreich-Gutschein“ ist genügend unterstützt und steht demnach mit in Verhandlung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Andreas Lackner. Ich erteile ihm das Wort.